

Impulse geben

A Newton's cradle with five black spheres is shown against a dark grey background. The spheres are arranged in a diagonal line from the top right towards the bottom left. The sphere on the far left is in motion, having just struck or about to strike the others, as indicated by its blurred position and the slight gap between it and the rest of the chain. The other four spheres are in a line, touching each other. The lighting creates highlights on the spheres, emphasizing their metallic texture.

LOBBI - Fünf Jahre Beratung für Betroffene rechter Gewalt in Mecklenburg/Vorpommern

DEUTLICHER ANSTIEG
Mehr rechte Gewalt im Jahr 2006

KEIN OPFER BLEIBEN
Die Wirkung der Angriffe mildern

„ICH BIN JUNG UND WILL AUCH TANZEN“
Trister Alltag von Flüchtlingen

RÜCKBLICKE UND AUSSICHTEN
Unsichere Zukunft für LOBBI

GRAVIERENDE DEFIZITE
Die Verfolgung antisemitischer Hetze im Internet

„DIE FÜßE STILLHALTEN!“
Rechtsmotivierte Attacken und organisierte Neonazi-Strukturen

Rückblicke und Aussichten

5 Jahre Beratung für Betroffene rechter Gewalt in Mecklenburg/
Vorpommern

Sind Sie selbst von rechter Gewalt betroffen? Haben Sie rechte Übergriffe beobachtet oder davon gehört? Ihre Mitteilung kann helfen, den Betroffenen unser Unterstützungsangebot zu übermitteln. Außerdem können wir so das Ausmaß rechter Gewalt dokumentieren. Informieren Sie uns bitte in unseren Regionalbüros.

LOBBI Ost
Johannesstraße 12a
17034 Neubrandenburg
0395.455 07 18

LOBBI Nord / West
Budapester Straße 16
18057 Rostock
0381.200 93 77

www.lobbi-mv.de
mail@lobbi-mv.de

Unser Spendenkonto:
LOBBI
Ostseesparkasse Rostock
Kontonr.: 20 50 40 594
BLZ: 130 50 000



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe KooperationspartnerInnen, liebe FreundInnen,

als im Sommer 2001 die LOBBI ihre Arbeit in Mecklenburg /Vorpommern aufnahm, betraten die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Vereins Neuland. Eine flächendeckende Opferberatung im Kontext rechter Gewalt war in mehrfacher Hinsicht innovativ. Zum einen fanden sich in Mecklenburg/Vorpommern bis dahin professionelle und kontinuierlich arbeitende Beratungsstrukturen im Themenfeld Rechtsextremismus eher selten. Gemeinsam mit der Einrichtung der Mobilen Beratungsteams für demokratische Kultur (MBT) und den Netzwerkstellen wurde durch die Opferberatung zudem die vorherrschende inhaltliche Fixierung auf die Täterszene aufgebrochen. Die Stärkung der zivilgesellschaftlichen Akteure und die Unterstützung von Betroffenen gewannen größeren Raum. Nicht zuletzt mussten wegen der gravierenden Unterschiede zu anderen Beratungsansätzen die nötigen Standards und Strategien erst entwickelt und ausprobiert werden. Die konzeptionelle Verbindung von individueller Beratung, Stärkung potenzieller Betroffenengruppen und der Sensibilisierung für die Opferperspektive bleibt eine Herausforderung.

Auf dem Prüfstand

Die Wahlerfolge der NPD, Strategieerfolge der Neonazi-Kameradschaften und die steigende Zahl rechtsmotivierter Angriffe zeigen, dass sich die Problemlage verschärft. Natürlich muss in diesem Zusammenhang auch die Wirksamkeit der Anti-Rechts-Projekte hinterfragt werden. Gerade die Opferberatungsvereine in den neuen Bundesländern pflegten selbst einen äußerst kritischen und anspruchsvollen Umgang mit den eigenen Konzepten. Regelmäßiger Erfahrungsaustausch wurde durch Weiterbildungen, Qualitätszirkel und Evaluation flankiert. Schon nach kurzer Zeit wurde deutlich, dass die hochgesteckten Erwartungen in der Realität nur schwierig und mit langem Atem zu erreichen sind. Doch ein, wenn nicht gar das wichtigste Ziel wurde erreicht: der beabsichtigten Wirkung der rechten Angriffe etwas entgegenzusetzen. In hunderten Einzelfällen haben die Betroffenen das Beratungsangebot der LOBBI dankbar angenommen. Die Opfer rechter Gewalt attestieren den Beraterinnen und Beratern immer wieder die Wichtigkeit der praktischen, kompetenten Unterstützung und des parteiischen Eintretens für ihre Interessen. Das ist ein wertvoller Erfolg unserer Arbeit.

Mehr als Beratung

Bei der Frage nach den Effekten unserer Arbeit in den letzten Jahren muss klar sein: die LOBBI und andere Projekte gegen Rechts können nicht „das Problem lösen“. Die Auseinandersetzung mit extrem rechten Einstellungen in der Bevölkerung, mit Neonaziorganisationen und Gewalttaten ist eine Querschnittsaufgabe. Deutlichere Erfolge werden sich erst einstellen, wenn mehr Menschen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft ihre Verantwortung und Einflussmöglichkeiten erkennen und nutzen. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in dieser Auseinandersetzung wichtige Impulsgeber. Informationen und Analysen zur rechten Szene, Sensibilisierung für die Perspektive der Opfer, kommunale Intervention und Netzwerkarbeit nehmen neben der Individualberatung einen breiten Raum im Arbeitsalltag der LOBBI ein. Eine Tagung zur Wechselwirkung von Medien und Rechtsextremismus, eine Ausstellung über die Todesopfer rechter Gewalt, etliche Vorträge, Seminare und Infotische, Öffentlichkeitsarbeit, Recherche und Dokumentation – die Methoden sind ebenso vielfältig wie die Zielgruppen. Engagierte Gruppen und Einzelpersonen, KommunalvertreterInnen, KirchenvertreterInnen, SozialarbeiterInnen, JournalistInnen, Angehörige und FreundInnen von Gewaltopfern zählen dazu. Dabei geht es weniger um eine breite Streuung, als um zielgerichtete Interventionen und Angebote.

Unsichere Zukunft

Im Juni 2007 läuft das Bundesprogramm CIVITAS über das die LOBBI bislang gefördert wurde aus. Bundesweit, aber auch in Mecklenburg/Vorpommern, setzen und setzen sich Menschen für den Erhalt der Projekte zur Unterstützung von Betroffenen rechter Gewalt ein. Mit ersten Erfolgen. Die Bundesregierung will ab Sommer die „Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“ in den neuen Bundesländern fördern. Die bisherigen Träger der MBT's und Opferberatungsstellen sollen integraler Bestandteil des dazu notwendigen Beratungsnetzwerkes werden.

Trotzdem sind die Zukunftsaussichten der LOBBI unsicher. Aus Schwerin wurde der LOBBI signalisiert, dass der Erhalt der Vereinsstruktur unwahrscheinlich ist. In Mecklenburg/Vorpommern ist der Aufbau von Regionalzentren für Demokratische Kultur geplant. Dieses Engagement der Landesregierung ist zu begrüßen. Doch die Unterstützung der Betroffenen rassistischer, antisemitischer und anderer rechtsmotivierter Angriffe muss ein notwendiger und zentraler Aspekt bei der Entwicklung von Strategien gegen rechte Einstellungen und Strukturen bleiben. In diesem komplexen Problemfeld ist es zudem wichtig, die Vielfalt von Ansätzen und das Engagement unterschiedlicher unabhängiger Träger zu wahren und zu fördern. Ein Verzicht auf die Erfahrungen, Kompetenzen und Netzwerke der LOBBI steht dem entgegen.

In diesem Rundbrief wollen wir Ihnen mit Zahlen, Beispielen aus der Angriffs-Chronologie und der Beratungspraxis, durch Interviews und Artikel einen kleinen Einblick in die Arbeit des Vereins und das Thema rechte Gewalt vermitteln. Vielen Dank für Ihr Interesse.

Die Berater und Beraterinnen der LOBBI



Deutlicher Anstieg

Im Jahr 2006 mehr rechtsmotivierte Angriffe in Mecklenburg/Vorpommern

Der LOBBI sind im vergangenen Jahr 103 Angriffe bekannt geworden – deutlich mehr als in den vergangenen Jahren (2005:62/2004:60). Davon waren mindestens 174 Menschen direkt und 96 Menschen indirekt betroffen. Regionale Schwerpunkte waren in Mecklenburg die Stadt Wismar und der Landkreis Ludwigslust, in Vorpommern der Landkreis Uecker-Randow.

Unter den Attacken finden sich sechzig Fälle von Körperverletzungen. Weitere achtzehnmal wurden zielgerichtet Sachbeschädigungen eingesetzt, die auf eine Schädigung bestimmter Personen abzielen. Darunter sind beispielsweise Angriffe auf Imbisse, Alternativ-Clubs und ein Parteibüro zu verstehen. In fünfundzwanzig Fällen handelt es sich um Nötigungen oder Bedrohungen, insbesondere am Rande von Anti-Rechts-Veranstaltungen.

Mehrheitlich richteten sich die Attacken gegen alternative bzw. einfach „nicht rechte“ Jugendliche. Die zweite große Opfergruppe sind MigrantInnen. Außerdem waren Menschen betroffen, weil sie sich gegen Neonazis engagieren oder wegen anderer politischer Aktivitäten.

Der Anstieg der Angriffszahlen entspricht einem Bundestrend. Die Partnerprojekte der LOBBI in den neuen Ländern und die zuständigen Behörden verzeichneten fast überall mehr rechte Gewalt als in den Vorjahren. In Mecklenburg/Vorpommern dürfte gestiegenes Selbstbewusstsein der rechten Szene durch den Wahlantritt der NPD und den Ausbau anderer Neonazistrukturen den Zuwachs begründen.

Die LOBBI-Statistik gibt allerdings noch nicht die reale Situation in Mecklenburg/Vorpommern wieder. Durch tägliche Presserecherche in den Regionalmedien, Zusammenarbeit mit KooperationspartnerInnen, einzelne Maßnahmen zur Dunkelfelderhellung und einen gestiegenen Bekanntheitsgrad in den potenziellen Betroffenengruppen erfährt die LOBBI von vielen Fällen rechter Gewalt im Land.

Die Beratungspraxis zeigt aber, dass sich gerade bei MigrantInnen und alternativen Jugendlichen, die als alltäglich empfundene Bedrohung und Diskriminierung negativ auf das Anzeigeverhalten und die Inanspruchnahme von Unterstützungsangeboten auswirkt. Deshalb ist davon auszugehen, dass aus Angst vor Racheakten der Täter oder wegen fehlendem Vertrauen in die Strafverfolgung etliche Angriffe nicht bekannt werden.

Aus der Chronologie 2006

Gewalt statt Sport

In den Abendstunden des 25. Mai greifen in **Zinnowitz** während eines Nachwuchsfußballturniers mehrere einheimische rechte Jugendliche Spieler zweier Mannschaften von Germania Wolfenbüttel an. Unter rechten Parolen werden die vorwiegend türkischen Jugendlichen zunächst angepöbelt und dann geschlagen.

In der Nacht zum 25. Mai überfallen in **Schwerin** etwa zehn Personen aus der Fanszene der „SG Dynamo“ nach einem Vereinsfest vier Einrichtungen der alternativen Szene. Dabei zerstören sie mehrere Scheiben des „Café Kunterbunt“ und des „komplex“ in der Pfaffenstraße, sowie der Gastronomie „Zum Freischütz“ am Ziegenmarkt. Im „Freischütz“ attackieren die Täter unvermittelt Gäste und Angestellte und verletzen dabei mindestens vier Personen. Ein Opfer muss notärztlich behandelt werden. Später wird in der Punk-Kneipe „Subversiv“ eine Scheibe eingeworfen.

Am 24. Juni gröhlen am **Grimmener** Bahnhof zwei Männer nach einem WM Spiel der deutschen Mannschaft „Deutschland, Deutschland“. In der Folge beschimpfen sie einen türkischen Asylbewerber mit rassistischen Parolen. Anschließend wird er von einem der Täter festgehalten, während der andere versucht, auf ihn zu urinieren. Danach schlagen beide auf ihn ein.

Im Vorfeld eines Heimspiels der TSG **Neustrelitz** gegen Türkiyemspor Berlin zieht am 25. November eine Gruppe Rechter angetrunken und aggressive

Parolen skandierend durch die Stadt. Als ihnen daraufhin der Eintritt ins Stadion verwehrt wird, kommt es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Ermittelt wird wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Beleidigung, Bedrohung, Widerstand gegen die Polizei.

Medien als Angriffsziel

Am Abend der Landtagswahl werden in **Schwerin** zunächst ein NDR-Team bedrängt, ein Kamera-Mann angegriffen und verletzt. Die Übergriffe ereignen sich am Rande einer NPD-Veranstaltung.

Am 04. November werden in der **brandenburgischen Kleinstadt** Blankenfelde eine Fachjournalistin und ein Fotograf gezielt in einem Supermarkt tötlich angegriffen. Die Journalistin recherchiert und schreibt seit mehreren Jahren über rechte Organisationen, auch in Mecklenburg/Vorpommern. Der Angriff ereignet sich am Rande einer Veranstaltung der „Heimatreuen Deutschen Jugend“, an der auch Neonazis aus Mecklenburg/Vorpommern teilnahmen.

Zielscheibe Imbiss

In der Kreisstadt **Grimmen** werden am 03. Februar Scheiben eines Dönerimbisses eingeschlagen. Dieser Imbiss war in der Vergangenheit bereits mehrfach das Ziel derartiger Angriffe.

Mehrere Rechte überfallen Anfang März einen Dönerimbiss in **Waren** an der Müritz. Sie bedrohen und beschimpfen das anwesende Personal

mit rassistischen Sprüchen und zerbrechen das Mobiliar.

In der Nacht vom 15. August beschädigen Unbekannte das Sicherheitsglas von Eingangstür und Fenster einer kurdischen Imbissstube in **Ferdinandshof**. Dabei entsteht hoher Sachschaden. Zwei Wochen zuvor betreten drei Rechte die Gaststätte, beschimpfen den Inhaber als „Scheiß Türke“ und drohen Schläge an.

Am 13. November beschmieren unbekannte Täter zwei Imbissstände eines türkischen Inhabers in **Zinnowitz** mit Hakenkreuzen und dem Schriftzug „Raus hier“.

Gegen „Gegen Rechts“

Während einer Demonstration der Kampagne „Keine Stimme den Nazis!“ am 12. August in **Wismar** stürmen mehrere Rechte mit Baseballschlägern aus dem ‚Werwolfshop‘ und werfen eine Flasche. Die Polizei kann die Angreifer nur mit gezogenen Dienstwaffen stoppen.

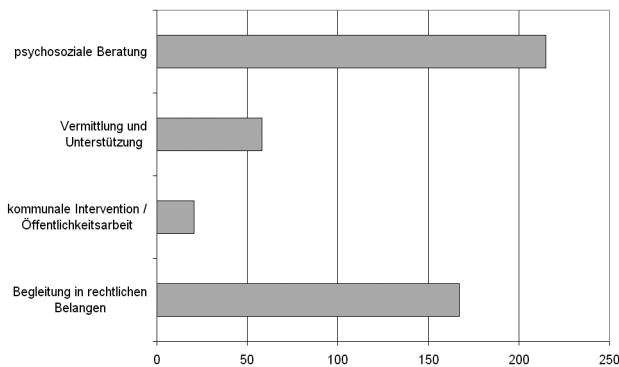
Am Rande eines Konzerts gegen Rechts in **Lübtheen** werden am 02. September mehrere BesucherInnen von Rechten angegriffen und verletzt.

Wegen eines T-Shirts mit der Aufschrift „Nazis nehmen uns die Arbeit weg“ greifen vier unbekannte Männer in **Torgelow** zwei Jugendliche an. Die Täter reißen am 08. Juli einem Jugendlichen dieses T-Shirt vom Leib. Sein ebenfalls jugendlicher Begleiter wird zu Boden gestoßen und getreten.

Kein Opfer bleiben

Im Jahr 2006 hat die LOBBI 218 Menschen beraten. Etwa dreiviertel davon waren direkt Betroffene. Weiterhin handelte es sich um Zeugen und Zeuginnen, Angehörige, indirekt Betroffene sowie Freunde und Freundinnen. Dreißig Menschen wurden wegen Angriffen aus den Vorjahren beraten.

Die Beratenen waren meist junge Männer. Es wurden allerdings auch 47 Frauen und Mädchen unterstützt und mehr als 80 Menschen sind älter als 27 Jahre.



Die Beratungsarbeit war im vergangenen Jahr mit rund 500 „Tätigkeiten“ verbunden. Wobei diese Zahl nichts über Zeitdauer und Intensität aussagt. Die obenstehende Grafik vermittelt aber einen Eindruck über die Gewichtung der einzelnen Bereiche.

Stärken und Informieren

Die Berater und Beraterinnen erfahren durch die Betroffenen selbst, Kooperationspartner oder die tägliche Presserecherche der LOBBI von rechten Angriffen. Der Kontakt wird dann möglichst zeitnah und in der Regel vor Ort hergestellt. Dieser aufsuchende Ansatz hat sich bewährt, weil er die spezifische Situation vieler Opfer rechter Gewalt berücksichtigt, die von mangelnder Mobilität, Kommunikationsschwierigkeiten und fehlendem Vertrauen in „offi-

zielle“ Stellen gekennzeichnet ist. Ziel der psychosozialen Beratung ist es, die Wirkung der rechten Angriffe zu mildern. Die Täter wollen verletzen – körperlich und psychisch. Sie wollen einschüchtern, vertreiben, manchmal vernichten. Es gilt zu verhindern, dass die Betroffenen Opfer bleiben, sich aufgeben und die Angreifer somit Erfolg haben. In einem Erstgespräch erhalten die Betroffenen die Gelegenheit über das Tatgeschehen und die Folgen des Angriffs zu berichten. Gemeinsam werden dann weitere Schritte vereinbart, die Wege aus der Krise ermöglichen. Die Ressourcen und Bedürfnisse der angegriffenen Menschen stehen dabei im Vordergrund. Und so gestaltet sich der Beratungsverlauf auch von Fall zu Fall individuell. Unterstützung bei der Bewältigung der psychischen Auswirkungen der Gewalterfahrung, Vermittlung von spezialisierten therapeutischen Angeboten, die Einbindung des sozialen Umfelds oder die Analyse der weiteren Bedrohungssituation gehören zu den in Anspruch genommenen Angeboten.

Zeuge statt Opfer

Der zweite wichtige Bereich in der Beratungspraxis ist die Unterstützung in allen Belangen, die mit der rechtlichen Verfolgung des Angriffs zusammenhängen. Trotz einiger Änderungen in den letzten Jahren spielen die Betroffenen in den Gerichtsverfahren immer noch eine untergeordnete Rolle und sind in der Regel nur Zeuge oder Zeugin. Das führt dazu, dass etliche Betroffene das Gerichtsverfahren nicht als Möglichkeit für die Angriffsbewältigung oder als eine Form der Genugtuung sehen. Im Gegenteil – es werden Informationsdefizite, Konfrontation mit dem Täter, Befragung durch die Verteidigung oder die monate- oder gar jahrelange Verfahrensdauer als mangelnder Respekt vor der Gewalterfahrung, immense psychische Belastung oder gar als Gefährdung empfunden.

Die LOBBI übernimmt in diesen Fällen eine wichtige Informations- und Unterstützungsrolle. Angefangen bei der Aufklärung über Opferrechte, Abläufe und Verfahrensweisen, besprechen die Berater und Beraterinnen dann mit den Betroffenen beispielsweise das Für und Wider einer

Anzeige und begleiteten sie auf Wunsch auch zur Polizei. Die Vermittlung eines Rechtsbeistandes und die Begleitung zu Gesprächsterminen sind vielen Gewaltopfern sehr wichtig. Gerade die Begleitung bei Gerichtsverhandlungen mindert die Gefahr einer weiteren Belastung der Betroffenen, wenn etwa rechte Anhänger und Freunde des Angeklagten im Gerichtssaal anwesend sind. Nicht zuletzt sind Entschädigungsfragen ein Bestandteil der Beratung.

Solidarisierung anregen

Neben der individuellen Beratung gehören auf Wunsch und in Abstimmung mit den Betroffenen auch lokale Interventionen und Öffentlichkeitsarbeit zum Unterstützungsangebot der LOBBI. Dies bedeutet, in der jeweiligen Gemeinde oder Kommune für die Situation der Betroffenen zu sensibilisieren und Solidarisierungsprozesse anzuregen. Anteilnahme und Unterstützung durch kommunale Akteure, Medienberichte oder die Einbindung in Netzwerke vor Ort sind nicht nur eine wichtige praktische und gezielte Stärkung für Opfer oder Opfergruppen. Der rechten Szene wird damit zudem signalisiert, dass ihre Taten und Motive keine Unterstützung finden. Darüber hinaus ist die Schärfung der öffentlichen Wahrnehmung für die Perspektive der Opfer rechter Gewalt ein bedeutender präventiver Aspekt. Häufig werden das Ausmaß und die Wirkungskraft rassistischer, antisemitischer und anderer extrem rechter Einstellungen in den betreffenden Orten unterschätzt. Die Information über die Situation der direkt Betroffenen, kann Menschen für eine stärkere Auseinandersetzung mit diesem Thema aktivieren und im besten Fall weiteren Angriffen vorbeugen.





Aus der Beratung 2006

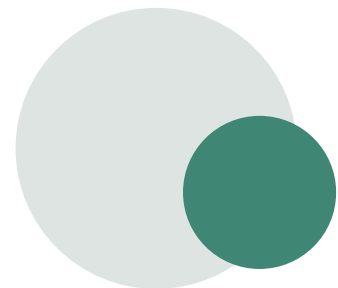
In **Zarrentin** stellt die LOBBI Kontakt mit einem aus Pakistan stammenden Gastronomen her, der dort einen Imbiss betreibt. Der Pizzastand war bereits etliche Male das Ziel offenbar rassistisch motivierter Anschläge. Immer wieder wurde die große Frontscheibe eingeschlagen, vereinzelt wurden auch Hakenkreuze gesprüht. Nach dem es im August und September zu weiteren Anschlägen kommt, kündigt die Versicherung dem Betreiber. Herr A. hatte in diesem Zusammenhang Strafanzeigen gestellt, weiß jedoch nichts über den Ermittlungsstand. Er ist außerdem schockiert, dass scheinbar niemand von den regelmäßigen Angriffen Notiz nimmt, von denen neben ihm auch andere Gewerbetreibende mit Migrationshintergrund betroffen waren. Die MitarbeiterInnen von LOBBI treffen sich mehrfach mit Herrn A. und besprechen das weitere Vorgehen. Unter Einbindung des Mobilen Beratungsteams Schwerin (MBT) wird ein Gespräch mit der Bürgermeisterin der Stadt organisiert. Während des Gesprächs schildert Herr A. ihr die Vorfälle der vergangenen Monate. Die MitarbeiterInnen von LOBBI und MBT vermitteln ihr zusätzlich grundlegende Einschätzungen zur rechten Szene in der Region und zur beabsichtigten Wirkung rechter Gewalt. Am Ende des Gesprächs sagt sie Herrn A. zu, ihn in seinem Imbiss zu besuchen. Sie will außerdem dafür sorgen, dass im Amtsblatt ein Spendenaufruf erscheint, mit dem sich die Gemeinde mit Herrn A. und den anderen Betroffenen solidarisiert und die Anschläge deutlich verurteilt. Nach der Rückkehr von Herrn A., der sich gerade in Pakistan aufhält, werden die LOBBI-MitarbeiterInnen die Beratung fortsetzen.

Im April 2006 verurteilt das Neubrandenburger Landgericht drei junge Männer aus Wesenberg und Neustrelitz u.a. wegen gefährlicher Körperverletzung zu Bewährungsstrafen. Die Angeklagten hatten im Sommer 2005 mitten in **Wesenberg** an der Müritz einen sächsischen Jugendlichen zusammengeschlagen und ihn gezwungen, sich nackt auszuziehen. Das Strafmaß der Täter wird dem Betroffenen weder mitgeteilt noch erläutert. Die LOBBI stellt Kontakt zu dem Urlauber her, informiert ihn über den Ausgang des Verfahrens, berät ihn telefonisch über Entschädigungsoptionen und vermittelt Kontaktmöglichkeiten zu Opferberatungsprojekten in Sachsen. Gegenüber dem Berater zeigt sich das Opfer des Angriffs wütend und enttäuscht von dem Urteil. Angesichts der erlittenen Schmerzen und Erniedrigungen sei der Richterspruch mehr als „ungerecht“. Der Betroffene wünscht eine Veröffentlichung seiner Meinung, dem die LOBBI durch die Herausgabe einer Pressemitteilung nachkommt.

Im August wird in einem **Dorf im Landkreis Ludwigslust** ein Rentner von Wahlhelfern der NPD angegriffen. Der 69jährige protestierte gegen die Anbringung eines Wahlplakates direkt vor seinem Haus. Während der zunächst verbalen Auseinandersetzung schlägt ihm einer der Wahlhelfer unvermittelt mit der Faust ins Gesicht. Der Schlag ist so heftig, dass der Betroffene zu Boden geht. Er erleidet eine Verletzung am Auge, die seine Sehfähigkeit dauerhaft einschränken kann. Bevor die Rechten sich zurückziehen, kündigen sie dem Rentner und seiner Frau an, dass es noch mehr Ärger geben könnte. Die LOBBI sucht das deutlich eingeschüchterte Ehepaar mehrmals auf und bespricht mit ihm die Bedrohungssituation nach der Attacke. Neben den körperlichen und psychischen Folgen der Gewalterfahrung ist das Klima in der Gemeinde ein wichtiges Thema. Außerdem unterstützen die BeraterInnen das Ehepaar beim Umgang mit dem belastend empfundenen Ansturm von Medienanfragen, mit dem es aufgrund des auf Hochtouren laufenden Wahlkampfs konfrontiert ist. Anschließend geht es um die Frage, wie den Senioren der weitere Anblick des Plakates vor ihrem Haus, der sie immer wieder an den Angriff denken lässt, erspart werden kann. Die MitarbeiterInnen der LOBBI stellen daraufhin einen Kontakt zwischen den Betroffenen und einem Fachanwalt aus dem Anwaltsnetzwerk des Vereins her, der fortan ihre Interessen vertritt. Er kann erwirken, dass das Plakat vor dem Haus abgehängt wird. Ein Gerichtsverfahren gegen die Angreifer steht noch aus. LOBBI unterstützt die Betroffenen auch weiterhin.

Am 16. Juli 2006 werden in einem **Dorf in der Nähe von Stralsund** zwei junge Männer während eines Dorffestes von einer Gruppe Rechter beschimpft und bedroht. Die irakischen Kurden fliehen und werden von den Rechten verfolgt. Bevor sie ihre Wohnung erreichen können, werden die beiden im Hausflur zusammengeschlagen. Ein 25jähriger erleidet dabei u.a. eine Nasenbeinfraktur und muss notärztlich behandelt werden. Das Opfer schildert den BeraterInnen seine Angst, weiterhin in dem kleinen Ort leben zu müssen, in dem er so brutal angegriffen wurde. Obwohl er die Reaktionen aus der Gemeinde, wie den Besuch des Bürgermeisters, als wichtige Unterstützung

empfindet, mildert dies seine Befürchtungen vor neuen Übergriffen in dem Ort nicht. Im nahe gelegenen Stralsund hingegen fühlt er sich sicherer. Dort lebt sein Sohn und er hat mehr soziale Kontakte. Auch nach den Erfahrungen der LOBBI kann sich ein Wohnortwechsel positiv auf die psychische Bewältigung des Gewalterlebnisses auswirken. Der Berater unterstützt den Iraker daraufhin beim Einreichen eines „Umverteilungsantrages“, da er als Asylbewerber kein Recht auf freie Wohnortwahl hat. Trotz des Verweises auf die spezielle Situation des Irakers, lehnt die Ausländerbehörde Grimmen den Umzug in die nur 10 Kilometer entfernte Hansestadt ab. Der junge Mann fühlt sich durch diese Entscheidung nicht ernst genommen. Auf seinen Wunsch vermittelt die LOBBI den Kontakt zu einem interkulturellen TV-Magazin. Daraufhin entsteht eine Reportage, die sich mit dem Angriff, der Position der Ausländerbehörde und den alltäglichen Problemen des Asylbewerbers beschäftigt. Der Umgang mit der unveränderten Wohnsituation des Betroffenen bleibt, neben dem noch ausstehenden Gerichtsverfahren gegen die Täter, ein wichtiger Punkt in der Beratung.



Ich bin jung und will auch tanzen

Rassistische Gewalt wird von Flüchtlingen häufig nur als die Spitze eines Eisbergs gesehen. Pöbeleien, behördliche Vorgaben und die alltägliche Eintönigkeit sind Teil der als feindlich empfundenen Umwelt. Ein Pasewalker Asylbewerber schildert der LOBBI seine Erfahrungen.

Mein Name ist Mazin*. Ich bin 25 Jahre alt. Vor sechs Jahren bin ich aus dem Irak nach Deutschland gekommen. In meinem Land gab es viele Probleme und immer Krieg, es gab keine Sicherheit mehr. Unter Saddam Hussein musste jeder in die Armee gehen und damit auch in den Krieg. Wer sich weigerte kam ins Gefängnis oder wurde umgebracht. Ich wollte nicht in diesen Krieg ziehen, es war nicht mein Krieg und ich war nie für diesen Krieg. Also musste ich weg und kam so vor sechs Jahren nach Deutschland.

Erst war ich zwei Wochen in Köln dann bekam ich einen Schein und musste nach Boizenburg. Von dort aus ging es nach zwei Monaten nach Pasewalk. Als ich nach Pasewalk kam kannte ich keinen Menschen. Ich wohne im Asylbewerberheim zusammen mit jemand anderem in einem Zimmer. Ich hatte in Pasewalk gute und schlechte Zeiten. Am Anfang war ich viel alleine. Hab immer mein Zimmer zugemacht und wollte alleine sein. Ich war ständig traurig – keine Freunde, meine Eltern waren weit weg und ich wusste nicht, was ich machen soll. Freunde durfte man mit einem Urlaubsschein nur für 5 Tage besuchen. 2003 haben wir kein Geld bekommen, nur Gutscheine. Damit durften wir nur in zwei Märkten einkaufen gehen – Klamotten konnten wir davon nicht kaufen. Jetzt ist es ein bisschen besser geworden.

Ich langweile mich viel, sehe Filme oder höre Musik. Sitze hier einfach und gucke vor mich hin. Ich möchte so gerne was machen, gerne arbeiten, aber das darf ich nicht. Wenn es Arbeit gibt, bekommen zuerst deutsche Arbeitslose diese angeboten. Ich räume oft mein Zimmer um, wasche meine Sachen und mache sauber, nicht weil es schmutzig ist, sondern weil mir langweilig ist. Raus gehe ich selten. Manchmal besuche ich Freunde und dann erzählen wir. Hier in Pasewalk habe ich auch Deutsche kennen gelernt, mit denen ich mich treffe. Im Sommer ist es besser, dann fahre ich mit Freunden mit dem Fahrrad an einen See

und bin dort den ganzen Tag. Oft wenn wir kommen und andere Menschen sitzen da, die stehen dann einfach auf und gehen weg, nur weil wir gekommen sind. Wir haben nichts gemacht, nur gegessen. Ich sage dann oft aus Spaß: „Vielen Dank! Da haben wir jetzt schön viel Platz!“ Aber ich denke das gar nicht und die sagen dann „Ach komm Ausländer“.

Mir sind in Pasewalk viele Menschen begegnet. Hier gib es wie überall gute und schlechte Menschen, aber mehr schlechte – die meisten sind kalt. Beispielsweise wenn ich Geld habe, sind manche Leute besser zu mir gewesen. Wir haben getrunken und geredet, aber am nächsten Tag sagen sie dann nicht mal „Guten Tag“ und tun so, als wenn sie mich nicht kennen. Deutsche Freunde habe ich in Pasewalk nicht. Ich habe keine Probleme mit anderen Menschen aber manchmal verstehe ich sie nicht. Zwischen den Heimbewohnern ist das anders, da habe ich Freunde. Wir sind Freunde, ob wir nun Geld haben oder nicht, das ist egal. Wir haben alle nicht viel, helfen uns aber gegenseitig.

Ich hatte hier viele Schwierigkeiten, wir alle. Hier sind wir richtig Ausländer. Wir sind alleine hier, keiner will mit uns reden. Viele gucken böse, so richtig voller Hass. Sie zeigen uns den Mittelfinger oder sagen „Scheiß Ausländer raus“. 2001 hatten Nazis ein Molotowcocktail auf das Heim geworfen. Ich wurde öfter von Nazis geschlagen, Freunde von mir auch. Ich kann das nicht alles so einfach erzählen. Neulich wollte ich mir beispielsweise ein Taxi nehmen. Da sagte der Taxifahrer: „Was machst du hier, du Scheiß Türke? Bist du hier um unsere Frauen zu ficken? Geh mal nach Hause, du lebst von meinem Geld“ und so weiter. Ich fragte ihn: „Bist du Taxifahrer oder bist du Nazi?“

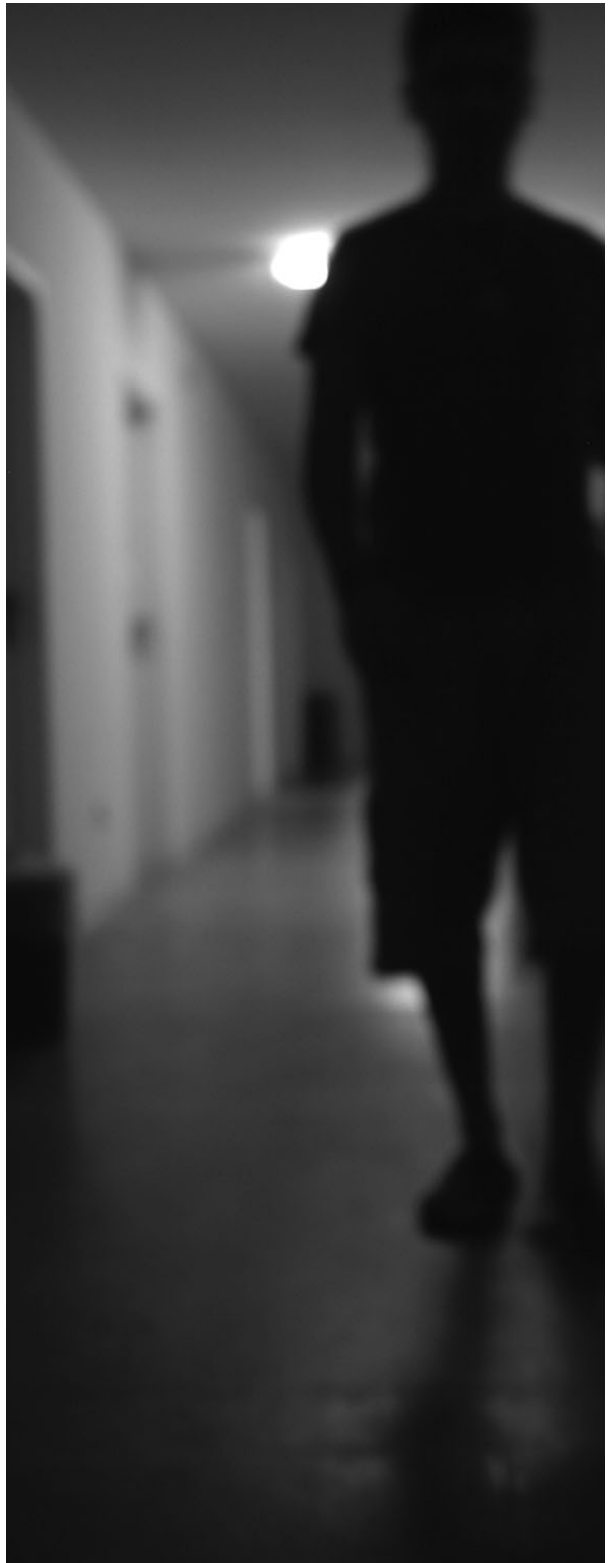
In Pasewalk können wir nicht weggehen. Hier gibt es nur eine Disko, das KKH. Da dürfen wir nicht rein. Dreimal habe ich es in den ganzen Jahren versucht. Aber Ausländer

dürfen dort nicht rein. Glaub mir, niemand lässt uns dort rein. Ich bin jung und will auch tanzen gehen, wohin sollen wir gehen? Ich will nicht immer im Heim sitzen. Jetzt fahren wir, wenn wir Geld haben auch mal nach Neubrandenburg in die Disco – dort dürfen wir rein.

Wenn mich jemand nach guten Erinnerungen in Deutschland fragt: Es ist nicht so, dass ich die Deutschen hasse. Es gibt hier viele nette Menschen und es ist sehr schön hier, aber ich habe hier viel Schlechtes erlebt. Die sieben Jahre, die ich hier gelebt habe, waren wie 30 Jahre – so schlimm. Ich kann das nicht so einfach vergessen, ich habe hier viele Verletzungen bekommen. Ich meine das nicht böse, es ist nur die Wahrheit. Hier war es wie in einem Knast. Ich lebe seit 6 Jahren in einem Knast, es ist nur so, dass ich die Schlüssel zu meiner Tür selber habe und diese aufmachen kann, aber ich darf nicht mal 30 Kilometer weiter weg fahren.

Ich hoffe, dass sich die Situation für uns in Deutschland irgendwann ändert und besser wird. Wir wollen frei sein und arbeiten können. Für mich persönlich wünsche ich mir, dass ich in meinem Leben glücklich sein kann. Zum Schluss möchte ich euch dafür danken, dass ihr immer zu uns gekommen seid, um uns zu helfen.“

*Name geändert





Gravierende Defizite

Antisemitisch motivierte Hetze und Gewalt sind integraler Bestandteil im Denken und Handeln rechter Gruppen. Holocaustleugner nutzen insbesondere das Internet als Forum zur Verbreitung ihrer Ideologie. Weil die zuständigen Behörden oft nur unzureichend gegen die Verfasser derartiger Texte vorgehen, hat der Greifswalder Student Benjamin Schöler etliche Delikte angezeigt. Nun wird er massiv bedroht.

Herr Schöler wie kamen Sie dazu, gegen die antisemitische Hetze im Internet vorzugehen?

Im Februar 2005 bin ich zufällig im Internet auf Websites gestoßen, auf denen der Holocaust geleugnet und zu Gewalt- und Willkürmaßnahmen aufgefordert wurde. Ich habe dann in mehreren Fällen Strafanzeige erstattet. Damals hatte ich die etwas naive Vorstellung, Staatsanwaltschaften und Polizei würden der Verfolgung solcher Delikte eine hohe Priorität einräumen. In diesem Punkt habe ich mich wohl geirrt: Bei der Verfolgung rechtsextrem motivierter Straftaten im Internet bestehen bundesweit gravierende Defizite.

Wie äußern sich diese Defizite?

Ich glaube, dass zumeist eine Mischung aus fehlender Sensibilität, mangelnder Kompetenz und behördlicher Überlastung eine effektive Strafverfolgung behindert. Wobei es schon allein auffallend ist, dass es ja offenbar erst einer Anzeige durch mich bedurfte, obwohl die entsprechenden Seiten dem Verfassungsschutz oder Staatsschutz ja eigentlich bekannt sein sollten. In den meisten, der von mir angezeigten Fälle erfolgten dann trotz des offenkundigen Vorliegens von Volksverhetzungsdelikten keine bzw. nur sehr oberflächliche Ermittlungen; viele der Ermittlungsverfahren wurden wegen Verneinung eines öffentlichen Interesses an der Strafverfolgung eingestellt. Und zwar jeweils, obwohl der jeweilige Straftatbestand auch nach der Verfahrenseinstellung andauerte! Wenn es doch zu Ermittlungen kam, dann unterblieb oft die gerichtsverwertbare Sicherung von Beweismitteln, etwa durch Ausdrucken oder Abspeichern der betreffenden Website, obwohl das selbst für Laien leicht zu bewerkstelligen ist. Dadurch musste ich bislang in drei Prozessen vor Gericht als Zeuge erscheinen, um so mit meiner Aussage die versäumte Beweissicherung auszugleichen.

Hatten Ihre Bemühungen Erfolg?

Ich habe in mehreren Fällen durch erneute Strafanzeige oder durch Beschwerde auf eine Wiederaufnahme der Ermittlungen hingewirkt. In einigen dieser Fälle kam es, nicht zuletzt aufgrund der leider nötigen Beharrlichkeit, zwischenzeitlich auch zu Gerichtsverfahren und Verurteilungen.

Wie hat die rechte Szene auf Ihr Engagement reagiert?

Ich sehe mich seit etwa anderthalb Jahren in erheblichem Umfang mit Beschimpfungen, Einschüchterungsversuchen und Morddrohungen durch Neonazis konfrontiert. Nachdem in mindestens einem Fall der Staatsschutz unmittelbar am Beginn eines Ermittlungsverfahrens einem Beschuldigten meine Identität mitgeteilt hatte und dieser sich an die szeninterne Öffentlichkeit wandte, erschienen seit April 2005 kontinuierlich Berichte über mich auf rechtsextremen Websites im Internet. So wurden beispielsweise im Stoertebeker-Netz nicht nur mein Name, sondern auch meine Adresse und Fotos von mir veröffentlicht. Seitdem werde ich regelmäßig per Post, Telefon und Emails bedroht. Im Dezember 2005 hat es zudem einen Aufmarsch von Rechtsextremen vor meinem Wohnhaus gegeben. Im April 2006 erhielt ich eine mit Hakenkreuz und SS-Runen versehene Ankündigung, vor ein „deutsches Kriegsgericht“ gestellt zu werden. Erst letzten Monat schickte mir ein Neonazi Videoaufnahmen von der Tötung eines US-Soldaten mit dem Kommentar, dass so etwas auch mir bevorstünde.

Wie gehen Sie mit diesen Bedrohungen um?

Ich hatte mit diesem Ausmaß nicht gerechnet und fühlte mich zunächst allein gelassen. Aber insbesondere die Menschen aus meinem persönlichen Umfeld haben mir Rückhalt gegeben. Auch an der Universität und anderenorts in Greifswald habe ich Unterstützung erfahren, was mir sehr geholfen hat.

Was wünschen Sie sich für die Zukunft?

Ich möchte gerne darauf hinwirken, dass meine Erfahrungen hinsichtlich des fragwürdigen Umgangs der Justiz mit Volksverhetzungsdelikten im aktuellen politischen und gesellschaftlichen Diskurs fruchtbar gemacht werden. In seiner diesjährigen Rede zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar hat Bundestagspräsident Lammers die Deutschen aufgefordert, sich allen Formen von Extremismus, Rassismus und Antisemitismus entschieden entgegenzustellen. Dazu

gehöre auch, so Lammers wörtlich, „dass Aussagen, die die schreckliche historische Wahrheit des Holocaust leugnen oder relativieren wollen und damit die Opfer der NS-Diktatur verhöhnern, unter Strafe gestellt sind.“ Ich wünsche mir, dass dieser Einsicht der Politik auch ein entschiedenes Handeln von Justiz und Polizei folgt – bislang klaffen hier Anspruch und Wirklichkeit weit auseinander.

Vielen Dank für das Interview!





„Die Füße stillhalten!“

Rechtsmotivierte Gewalt und organisierte Neonazi-Strukturen

Während vielerorts über „Bürgernähe“ als neue Strategie von Neonaziorganisationen diskutiert wurde, sorgte im Januar eine Meldung der Neuruppiner Staatsanwaltschaft für Aufmerksamkeit. Der leitende Oberstaatsanwalt Gerd Schnittcher konstatierte in seinem Jahresrückblick eine Veränderung im Täterprofil bei rechten Gewalttaten. So sieht er in seinem Geschäftsbereich eine Abkehr vom Bild des „rechtsextremen Kampfrinkers“ hin zu einer „Nähe und Steuerung rechtsextremer Straftäter durch rechtsextreme Organisationen“.

In Mecklenburg/Vorpommern offenbart die Beratungspraxis der LOBBI, dass es sich bei vielen Angriffen um unorganisierte und teilweise multikriminelle Schläger handelt, die ihrer menschenverachtenden und rassistischen Einstellung durch Gewalt gegen Flüchtlinge oder alternative Jugendliche Ausdruck verleihen. Tatsächlich zeigen aber auch Beispiele, dass im organisierten Kameradschafts- und NPD-Spektrum die Anwendung von Gewalt weiterhin als legitim angesehen wird. Die Grenzen zwischen den Neonazi-Organisationen und der rechten Subkultur sind allerdings ohnehin fließend. Dennoch ist die Differenzierung des Brandenburger Staatsanwalts sinnvoll. Rechtsmotivierte Körperverletzungen oder zielgerichtete Sachbeschädigungen und Bedrohungen gewinnen eine neue Qualität, wenn sie durch den Ausbau rechter Strukturen gefördert werden oder gar als strategisches Mittel eingesetzt werden.

Exemplarisch sei hier auf die Situation in Neustrelitz verwiesen. Die rechte Szene der Stadt agiert gemeinsam mit anderen Gruppen aus der Region unter dem Dach des Neonazi-Netzwerkes „Mecklenburgische Aktionsfront“. Als eine der ersten Organisationen aus den Kreisen der sogenannten „Freien Nationalisten“ hat die MAF tatkräftig die NPD auf dem Weg in den Landtag unterstützt. In Neustrelitz sind der MAF eindeutig vor allem etliche Propaganda-Aktionen wie Flugblätter, Aufkleber und Plakate zuzuschreiben – sowie Gegenaktivitäten bei Anti-Rechts-Veranstaltungen. Aber auch an Körperverletzungen und Bedrohungen waren Aktivisten der Neonazigruppe beteiligt. In einer Kleinstadt, wie Neustrelitz, liegt die Vermutung nahe, dass auch andere Aktionen den organisierten

Strukturen zuzuschreiben sind. Insbesondere die kontinuierlichen Attacken gegen das Wahlkreisbüro eines Abgeordneten der Linkspartei sprechen für ein geplantes Vorgehen. Bereits mehrmals wurden dort die Scheiben eingeworfen. Offenbar gezielt wurden Aufkleber mit der Abbildung von Patronenhülsen und dem Schriftzug „Die Füße stillhalten! Ihr habt Namen und Adressen. Keine Gnade – kein Vergessen!“ an Privatbriefkästen angebracht. Nicht zuletzt wurden in Neustrelitz mehrmals Gedenk-Blumenkränze für die Opfer des Nationalsozialismus entfernt oder zerstört, zuletzt in der Nacht zum 20. Februar 2007. Auch hier ermittelte die Polizei vier Tatverdächtige, die Mitglieder in rechten Kameradschaften sind oder diesen nahe stehen.

Ein weiteres lokales Beispiel: Wismar. In der Hansestadt firmiert der rechte Internetversandhandel „Hatestore“ (deutsch in etwa: Hass-Kaufhaus) des Neonazis Philipp Schlaffer. Im vergangenen Jahr kam ein Ladengeschäft namens „Werwolfshop“ hinzu. In einem weiteren Gebäude wurden rechte Musikveranstaltungen organisiert und ein NPD-Treffen angekündigt. Betroffene setzten diese Ausdehnung der Neonazi-Strukturen mit der gestiegenen Gefährdung von MigrantInnen, alternativen Jugendlichen und politisch aktiven Gruppen in Zusammenhang. In Wismar war in den letzten Monaten eine ganze Serie rechtsmotivierter Gewalttaten zu verzeichnen. Genannt seien hier der Angriff auf zwei Marokkaner im Oktober 2006 oder die Zerstörung von Auto- und Fensterscheiben am Wohnprojekt „Tiko“ im Januar diesen Jahres.

Eine Analyse wie aus dem brandenburgischen Neuruppin liegt in Mecklenburg/Vorpommern bislang nicht vor. Das mag auch daran liegen, dass in Gerichtsverfahren vielfach die ideologischen Hintergründe in der Tatmotivation und eine Einbindung in rechte Strukturen bei den Angeklagten gar keine oder eine untergeordnete Rolle spielen. Diese Reduzierung auf Tatabläufe erschwert aber nicht nur eine Situationseinschätzung über die Formen und das Ausmaß der Gewaltbereitschaft in der rechten Szene. Sie wird auch von manchen Opfern als oberflächlich empfunden und dürfte in einigen Fällen den Tätern bei der Strafbemessung zugute kommen.

Kurzmeldungen/Impressum

Workshop

Für Gruppen, Vereine und Einrichtungen, die Betroffene rechter Gewalt unterstützen wollen, bietet die LOBBI den Workshop „Kein Opfer bleiben!“ an. Das Seminar wird jeweils individuell auf die Interessen und den Bedarf abgestimmt. Neben einem Überblick zum Ausmaß und zu den Hintergründen rechter Gewalt wird mit Fallbeispielen gearbeitet und auf Beratungsstandards und -methoden eingegangen.

Entschädigung

Auch für das Haushaltsjahr 2007 hat der Deutsche Bundestag Mittel bewilligt, die Opfern rechter Übergriffe zugute kommen sollen. Dieser Aufgabenbereich liegt ab diesem Jahr aber nicht mehr bei der Generalbundesanwaltschaft. Neue Antragsadresse ist das

Bundesamt für Justiz

Referat III 2

53094 Bonn

Entsprechende Formulare und Unterstützung bei der Antragstellung werden auch durch die LOBBI Regionalbüros angeboten.

Die LOBBI ist Kooperationspartner des Opferfonds rechte Gewalt „Cura“ der Amadeu Antonio Stiftung und unterstützt auch hier bei der Antragstellung. Mehr dazu ist unter www.opferfonds-cura.de zu finden. Der Fonds kann durch Spenden unterstützt werden:

Opferfonds CURA

Deutsche Bank Bensheim

Konto: 030 331 331

BLZ: 509 700 04

Meldeformular

Um eine weitere Möglichkeit zu schaffen, rechtsmotivierte Angriffe bekannt zu machen, ist unter www.lobbi-mv.de jetzt ein Meldeformular zu finden. Wer Opfer rechter Gewalt geworden ist, aber auch Menschen die von rechten Übergriffen erfahren haben, können hier einfach die Information an die Berater und Beraterinnen der LOBBI weiterleiten.

Hintergrund

Mehr über die Arbeit der Opferberatungsprojekte in den neuen Bundesländern ist in der Broschüre **Beraten - Informieren - Intervenieren** nachzulesen. Unter dem Titel **Angriffsziel Imbisse** informiert eine Broschüre der Opferperspektive Brandenburg über Folgen von Übergriffen auf Imbisse von MigrantInnen.

Beide Hefte können auch unter www.lobbi-mv.de heruntergeladen werden.

Allgemeine Opferberatung

Nach der Rostocker Opferhilfe wird ab Sommer 2006 auch in weiteren Städten eine allgemeine Opferberatung angeboten. In Stralsund, Neubrandenburg, Wismar und Schwerin haben Vereine Beratungsstellen eingerichtet. Die Adressen sind unter www.opferhilfe-mv.de zu finden. Auch der „Weisse Ring“, bietet in MV eine allgemeine Opferberatung an. Kontakt zu den Aussenstellen in den Landkreisen erhalten Betroffene über Telefon **0385 / 5 00 76 60** oder per mail lbmeckpom@weisser-ring.de

LOBBI

Johannesstraße 12a

17034 Neubrandenburg

Fon: 0395.4550718

Fax: 0395.4550720

mail@lobbi-mv.de

www.lobbi-mv.de

Redaktion:

Kay Bolick (V.i.S.d.P.)

Fotos: LOBBI

Druck: D+S GmbH

LOBBI wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen von CIVITAS – Initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern und durch das Sozialministerium des Landes Mecklenburg/Vorpommern

Mecklenburg
Vorpommern



CIVITAS

INITIATIV GEGEN RECHTSEXTREMISMUS IN DEN NEUEN BUNDESLÄNDERN



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

